

Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen am 22.01.2026, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Reinhard Elsbecker	CDU	Vertretung für Herrn Bernhard Kestermann
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sarah Gerding	Pro Coesfeld	
Herr Alois Homann	CDU	Vertretung für Herrn Jens Kielmann
Herr Heiner Bernhard Honermann	Volt	
Herr Henning Jaske	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Matthis Tasler	SPD	Vertretung für Herrn Thomas Stallmeyer
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Frau Kathrin Beunings	FB 60	
Ralf Brinkmann		
Herr Philipp Hänsel		
Herr Tim Hellwig	FB 70	
Herr Burkhard Hemmann		
Gäste		
Maik Becker		
Thomas Hoffmann		

Schriftführung: Frau Kathrin Beunings

Herr Thomas Bücking eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:10 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Auswirkungen von Bauvorhaben auf dem Campusgelände der Fa. Ernstings family
Vorlage: 016/2026
- 3 Bebauungsplan Nr. 165 "Wohngebiet zwischen Daruper Straße / Am Honigbach"
Vorlage: 001/2026
- 4 Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 409/2025
- 5 Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 413/2025
- 6 Bebauungsplan Nr. 146.1 "Bürgerwindpark Goxel"
Vorlage: 113/2025
- 7 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt
Vorlage: 392/2025
- 8 Umgestaltung der Kleinen Viehstraße: Visualisierungen
Vorlage: 004/2026
- 9 Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen
Vorlage: 319/2025
- 10 OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante
Vorlage: 415/2025
- 11 Haushalt 2026
Vorlage: 010/2026
- 12 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Neues aus FB 60
Vorlage: 003/2026
- 3 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Brinkmann erläutert den Mitgliedern des Ausschusses den prozentualen Anteil der Radverkehrsinfrastruktur im Vergleich zu den Jahren 2022, 2023 und 2024. Die tabellarische Auflistung ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Ein Bericht des Ausschussvorsitzenden besteht nicht.

TOP 2	Auswirkungen von Bauvorhaben auf dem Campusgelände der Fa. Ernstings family Vorlage: 016/2026
-------	--

Herr Hoffmann und Herr Becker von der Fa. Ernsting's family stellen die Zukunftspläne auf dem Campusgelände der Firma vor. Zur Sicherstellung der Umsetzbarkeit der geplanten Bauvorhaben wurde der Bebauungsplan Nr. 153 „Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch“ zuletzt am 10.07.2025 geändert. Im Rahmen der Sitzung wurde ausführlich dargelegt, wie die vorgesehenen Baukörper ausgestaltet sein könnten sowie welche Dimensionen und Auswirkungen die hierfür erforderlichen Baumaßnahmen haben.

Herr Elsbecker bittet für die CDU-Fraktion darum, dass die Pläne ebenfalls nochmal im Bezirksausschuss in Lette vorgestellt werden.

Herr Becker bestätigt dieses. Gerne werde die Präsentation auch im Bezirksausschuss ausführlich vorgestellt.

Herr Flögel fragt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nach, welche Gründe es genau für die Grundrisse gegeben habe.

Herr Becker erläutert den Grundriss sowie die Logistik und die damit verbundenen Wege nochmal ausführlich.

Herr Tranel fragt für die CDU-Fraktion nach, wo der durch das geplante Bauvorhaben entstehende Aushub verbleibe.

Herr Becker erklärt, dass noch kein Nachunternehmer bekannt sei, aber man davon ausgehe, dass der Aushub für umliegende Bauvorhaben im Straßenbau oder Autobahnbau genutzt werde. Die genaue Nutzung werde der Nachunternehmer bestimmen.

Herr Tranel ergänzt hierzu, dass es sich um ca. 7.000 Sattelzüge handle, das sei eine erhebliche Menge, bei der es gälte die Belastungen für die Anwohner möglichst gering zu halten.

Herr Becker ergänzt, dass ihnen der Anwohnerschutz sehr wichtig sei und der Aushub stadtauswärts und so wenig wie möglich durch den Ortskern abtransportiert werde.

TOP 3	Bebauungsplan Nr. 165 "Wohngebiet zwischen Daruper Straße / Am Honigbach" Vorlage: 001/2026
-------	--

Herr Hemmann erläutert den Mitgliedern die Planvarianten und teilt mit, dass man sich in einer gewissen Gemengelage befinde. Man müsse sich entscheiden, entweder die vorhandenen

Bäume zu erhalten oder Wohnraum zu schaffen. Selbstverständlich bestehe aber auch für die Politik die Möglichkeit, andere Varianten zu finden.

Herr Tranel teilt für die CDU-Fraktion mit, dass das Ziel der CDU sei, Wohnraum zu schaffen und die Fraktion sich aufgrund dessen für die Variante B entscheiden werde.

Herr Flögel wünscht sich hingegen für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Erhalt der Großbäume und erläutert, dass ein Weg gefunden werden müsse, wo man die Bebauungsdichte minimal zurücknimmt, um dadurch die städtebauliche Entwicklung zu erhalten.

Herr Tasler fragt für die SPD-Fraktion nach, ob es rechtlich möglich sei, mit beiden Varianten in die frühzeitige Beteiligung zu gehen, damit ein Stimmungsbild eingeholt werden könne.

Herr Hemmann erläutert, dass eine Entscheidung für eine konkrete Variante erforderlich sei, da sowohl die Bürgerschaft als auch insbesondere die Träger öffentlicher Belange wissen müssten, auf welche Variante sich ihre Stellungnahmen und Hinweise beziehen sollen. Im Rahmen der Beteiligung könne sich durchaus ein Stimmungsbild ergeben, wonach die bislang nicht favorisierte Variante als die vorzugswürdigere angesehen werde.

Herr Wolfers fragt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nach, wie weit der damals von der Fraktion gestellte Antrag zur Vereinfachung der Bebauungspläne sei.

Herr Hemmann gibt an, dass sich die Verwaltung mit der Politik im Prozess der klimagerechten Bauleitplanung befinde. Wie eine modulare Bearbeitung aussehen könne, werde sowohl innerhalb des Workshops als auch danach weiter bearbeitet.

Herr Jaske fragt für die CDU-Fraktion nach, warum im östlichen Teil des Gebietes keine Veränderung möglich sei.

Herr Hemmann antwortet, dass dort eine Wasserschutzzone sei.

Nach weiterer Diskussion stimmen die Mitglieder über die Beschlüsse ab.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB frühzeitig an dem Planverfahren auf Grundlage der Planvariante A (s. Anlage 2) zu beteiligen.

Alternativer Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB frühzeitig an dem Planverfahren auf Grundlage der Planvariante B (s. Anlage 3) zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	3	11	0
Altern. Beschluss	11	3	0

TOP 4	Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" - Satzungsbeschluss Vorlage: 409/2025
-------	--

Nach kurzer Wortmeldung stimmen die Ausschussmitglieder über die Beschlüsse ab.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 04 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 05 beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Der Bebauungsplan Nr. 166 „Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1-5	13	0	1

Es besteht Einigkeit unter den Mitglieder des Ausschusses über die Beschlüsse 1 bis 5 en bloc abzustimmen.

TOP 5	Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" - Satzungsbeschluss Vorlage: 413/2025
-------	---

Die Mitglieder stimmen ohne Wortmeldungen über die Beschlüsse ab.

Beschlussvorschlag 1:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 beschlossen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 7 beschlossen.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 8 beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 9 beschlossen.

Beschlussvorschlag 6:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 10 beschlossen.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) i. V. m. § 3 (2) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 8:

Die Abwägung der im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 11 beschlossen.

Beschlussvorschlag 9:

Der Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1-9	13	0	1

Es besteht Einvernehmen über die Beschlüsse 1 bis 9 en bloc abzustimmen.

TOP 6	Bebauungsplan Nr. 146.1 "Bürgerwindpark Goxel" Vorlage: 113/2025
-------	---

Nach einer kurzen Wortmeldung, dass die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. dem Beschluss nicht zustimmen werde, stimmen die Mitglieder über den Beschluss ab.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Aufstellungsbeschluss vom 29.09.2016 sowie den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 01.07.2021 im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 146/1 „Bürgerwindpark Goxel“ aufzuheben.

Das Bauleitplanverfahren zum Bebauungsplan Nr. 146/1 „Bürgerwindpark Goxel“ wird eingestellt und nicht weitergeführt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	12	2	0

TOP 7	Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt Vorlage: 392/2025
-------	--

Herr Hemmann erläutert die Rückfragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Das Mobilitätskonzept sieht eine „Zug-um-Zug“-Strategie vor, wonach erst neue Parkplätze geschaffen werden sollen, bevor an anderer Stelle diese aus dem Straßenraum verlagert werden können. Erst nach der Verlagerung kann der Straßenraum so umgestaltet werden, dass er für alle Mobilitätsnutzer attraktiv ist. Vorwegnehmend zu möglichen Darstellungen in TOP 8 sollen auch nicht alle Parkplätze aus dem Straßenraum verschwinden, sondern es wird weiter Parkmöglichkeiten als auch Haltezonen für Mobilitätseingeschränkte geben.

Herr Kretschmer fragt für die SPD-Fraktion nach, warum die Beschlüsse erneut gefasst werden müssen.

Herr Bücking erläutert, dass es sich im Vorfeld nur um Kenntnisnahmen gehandelt habe und die Beschlüsse erst jetzt gefasst werden.

Herr Tranel fügt für die CDU-Fraktion hinzu, dass die Priorität vollständig auf die Errichtung des Parkhauses an der Münsterstraße liegen solle. Wichtig sei, dass für die Parkplätze, die entnommen werden, auch fußläufig erreichbare neue Parkplätze geschaffen werden.

Herr Flögel teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass die Fraktion die Errichtung des Parkhauses an der Münsterstraße mittragen werde. Die zwei weiteren Parkhäuser müssen jedoch erstmal zu Ende gedacht werden und es müsse geprüft werden, wie die Parkhäuser zu finanzieren seien und ob eine Nutzbarkeit durch die Anwohner erfolgen könne bzw. diese die Parkhäuser auch nutzen werden.

Herr Hemmann erläutert, dass es in Deutschland sehr selten Konzepte für Anwohnerparken gebe.

Herr Wolfers erklärt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass das Mobilitätskonzept entwickelt wurde, um Alternativen zum Auto zu schaffen. Die Vorlage suggeriere, dass Parkhäuser geschaffen werden müssen, um das Mobilitätskonzept umsetzen zu können.

Herr Schulze Spüntrup hingegen sieht das Auto als unabdingbar. Coesfeld sei zu ländlich, um vollständig auf das Auto verzichten zu können. Die Bürger Coesfeld's müssten akzeptieren, dass Parkhäuser die Alternative zum Parken in der Innenstadt seien.

Herr Tranel wünscht sich, dass die Bürger mitgenommen werden und lernen mit dem neuen Konzept umzugehen. Die Parkhäuser seien ein Ersatz, damit die Stadt neu entwickelt werden könne.

Herr Tasler fügt für die SPD-Fraktion hinzu, dass das Mobilitätskonzept vorsehe, dass die Parkplätze aus dem Straßenraum entfernt werden und dafür 1:1 Platz in Parkhäusern geschaffen werde. Für die nächsten Jahre brauche Coesfeld das Niveau an Parkplätzen. Die Fraktion stehe hinter dem Mobilitätskonzept. Jetzt habe die Politik die Möglichkeit, die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

Herr Honermann teilt für die VOLT-Fraktion mit, dass Coesfeld als Einkaufsstadt nur die Chance habe, wenn der Verkehr und die Autos aus der Innenstadt entfernt werden. Er sehe den Bedarf an Parkhäusern nicht so hoch und gibt die hohen Kosten für die Stadtwerke zu bedenken, da diese in den nächsten Jahren sehr hohe Investitionen zu erwarten haben. Die Politik solle besser in den Klimaschutz investieren und nicht in so viele Parkhäuser.

Herr Hänsel erläutert, dass die Schaffung von Parkplätzen nur mit der Errichtung von Parkhäusern möglich sei. Dennoch werde es selbstverständlich für Personen, die z.B. einen Arztbesuch haben, immer Parkplätze in der Innenstadt geben werde. Er fügt hinzu, dass das Quartiersparken gerade in Rheine geplant werde. Dort sei die Nachfrage für Quartiersparken sehr hoch.

Herr Wolfers regt an, dass Alternativen gesucht werden müssen und eine Umsetzung von 1:1, wie im Mobilitätskonzept erläutert, nicht erforderlich sei.

Herr Flögel fügt hinzu, dass die Fraktion die Autos nicht aus der Innenstadt verdrängen möchte. Vielleicht könne man über ein Konzept nachdenken, dass z.B. tagsüber Geschäftsleute das Parkhaus nutzen können und ab dem Abend die Anwohner nutzen können. Nur so seien Zug um Zug auch andere Anforderungen denkbar.

Nach weiterer Diskussion erläutert Herr Bücking den Beschlussvorschlag und fügt hinzu, dass es sich hierbei um die Grundlagen handle und in der Entwicklung des Konzeptes noch

Änderungen und Verbesserungsvorschläge möglich seien. Dies erfolge über das im Beschluss vorgesehene Monitoring und die Vorstellung der Ergebnisse im Rat.

Beschlussvorschlag:

Der in der Ratssitzung vom 09.10.2025 mit der Vorlage 213/2025 vorgelegte Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt wird bestätigt. Die dort genannten notwendigen Kapazitätserweiterungen werden als Grundlagen für die weiteren Planungen festgesetzt. Über ein Monitoring der jeweils aktuellen Parkraumbelegung ist die Aktualität der Festsetzungen zu evaluieren. Die Ergebnisse sind dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	11	3	0

TOP 8	Umgestaltung der Kleinen Viehstraße: Visualisierungen Vorlage: 004/2026
-------	--

Herr Hemmann erläutert die bildlich dargestellten Varianten der Kleinen Viehstraße.

Herr Tranel regt an, dass der Pflegeaufwand bei der Begrünung des Straßenzuges zu bedenken sei. Ebenfalls möchte er auf die Rücksichtnahme zwischen Auto- und Fahrradfahrern hinweisen.

Herr Wolfers fragt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nach, welche Ideen bereits jetzt umgesetzt werden können und ob eine Verkehrsberuhigung möglich sei.

Herr Hemmann teilt mit, dass eine Antwort im Protokoll erfolge.

Antwort im Protokoll:

Straßenverkehrsbehörden ordnen Tempo 30-Zonen innerhalb geschlossener Ortschaften gemäß § 45 Abs. 1c Straßenverkehrsordnung (StVO) hauptsächlich in Wohngebieten und Gebieten mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte im Einvernehmen mit der Gemeinde an. Die Zonen-Anordnung darf sich weder auf Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) noch auf weitere Vorfahrtstraßen (Zeichen 306) erstrecken. Unter diese „weiteren Vorfahrtstraßen“ fällt auch die Kleine Viehstraße. Somit entfällt diese Möglichkeit hier. Aber auch so liegen aktuell die Voraussetzungen für eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Kleinen Viehstraße von 50 km/h auf 30 km/h nicht vor, da wir dort keine zwingende Notwendigkeit gemäß § 45 Abs. 9 StVO sehen, für die eine qualifizierte Gefahrenlage (z. B. durch erhöhte Unfalllage) erforderlich wäre.

Eine Tempo 30-Zone kann daher vorab nicht angeordnet werden. Anderweitige Verkehrsberuhigungsmaßnahmen werden aktuell ebenfalls nicht für erforderlich angesehen.

Herr Flögel sieht hingegen einen Konflikt zwischen den Baumwurzeln und den Leitungen und fragt nach, ob Leerrohre verlegt werden können.

Herr Hemmann teilt mit, dass die Versorgungsträger die Bedarfe zu gegebener Zeit prüfen werden, da sich die Bedarfe in der Zwischenzeit zu sehr verändern können.

Herr Hänsel fügt hinzu, dass eine Anpflanzung von großen Bäumen auf der Viehstraße nicht möglich sei. Die Visualisierung und die Ideen sollten eine Diskussion anregen. Die Verwaltung habe sich bewusst für eine Visualisierung ohne Bäume entschieden, da die Verwaltung diese Art der Begrünung hier nicht umsetzbar sieht.

Nach weiterer Diskussion, ob eine Fassadenbegrünung bereits im Vorfeld möglich sei und der Bitte, dass die Auswahl der Oberflächengestaltung anders erfolgen solle, wie auf der Bernhard-von-Galen-Straße, nehmen die Ausschussmitglieder den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

TOP 9	Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen Vorlage: 319/2025
-------	--

Herr Honermann begrüßt die Planung für die VOLT-Fraktion. Es handele sich um eine rundum gelungene Planung, die für den Schulstandort Coesfeld sehr positiv sei.

Herr Tranel fügt für die CDU-Fraktion hinzu, dass die Standards, die jetzt festgesetzt würden, der Maßstab für alle weiteren Schulen sei. Er bittet die Verwaltung, nochmal genau zu prüfen, ob jedes Detail zwingend erforderlich sei.

Herr Kretschmer teilt für die SPD-Fraktion mit, dass das Gebäude nicht mehr mit aktuellen Schulkonzepten übereinstimme und bittet ebenfalls darum, dass die Kosten nochmals geprüft werden.

Frau Gerding spricht sich für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. ebenfalls für die Sanierungen aus und stimmt hinzu, dass die aktuellen Schulkonzepte nicht mehr mit den Gebäuden übereinstimme.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, den Umbau der Laurentiusschule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 400.000 Euro sind in den HH 2026 aufzunehmen.
2. Es wird beschlossen, den Umbau der Lambertischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die Mittel i. H. v. 3,24 Mio. Euro sind beginnend mit dem HH 2028 ff. aufzunehmen.
3. Es wird beschlossen, den Umbau der Ludgerischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Es sollen Mittel für die Umsetzung eines Clusters in den HH 2026 ff. eingestellt werden. Die Umsetzung weiterer Cluster und die damit verbundenen Finanzmittel sind ab dem HH-Jahr 2028 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	13	0	0

Herr Kretschmer ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 10	OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante Vorlage: 415/2025
--------	---

Nach kurzen Wortmeldungen stimmen die Ausschussmitglieder über den Beschluss ab.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Variante 3 (Abriss und Neubau des Baukörpers) zu fokussieren. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 670.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 1:

Es wird beschlossen, die Variante 2 (Umbau des gesamten Baukörpers) zu fokussieren. Die WC-Anlagen sollen zusätzlich zur Aula saniert werden. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 420.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 2:

Es wird beschlossen, die Variante 1 (Umbau sowie Erweiterung der Aula) weiter zu verfolgen. Der bestehende Mittelansatz wird um einen Risikozuschlag von 20 % (176.000 Euro) erhöht, um etwaige Unwägbarkeiten kompensieren zu können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	14	0	0

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses sind die Beschlüsse „Alternative 1“ und „Alternative 2“ obsolet.

TOP 11	Haushalt 2026 Vorlage: 010/2026
--------	------------------------------------

Herr Hänsel erläutert kurz, dass die Verwaltung die Anträge der Fraktionen nicht wie sonst üblich erst im HFA zum Thema macht, da zwischen der Sitzung des HFA am 05.02.26 und der Ratssitzung am 10.02.26 kaum noch zeitliche Möglichkeiten der Fraktionen bestehen, sich über die Rückmeldung der Verwaltung auszutauschen. Die Entscheidung werde weiterhin erst im HFA fallen, aber die Politik bekomme dadurch einen besseren Eindruck und die Zeit zur Beratung.

Die Verwaltung möchte in der Sitzung die Änderungsliste erläutern und die möglichen Auswirkungen, falls die Personalstellen im FB 70 nicht geschaffen werden.

Herr Hemmann geht auf den Antrag der CDU-Fraktion ein, die den Fachbereich 60 betreffen. Er erläutert, dass die Verwaltung das Zurückstellen der Planung der Veloroute nach Lette

unproblematisch sehe. 2026 können trotzdem schon weitere Gespräche mit den Grundstückseigentümern als auch den Straßenbaulasträgern erfolgen. Die Umgestaltung des Stadtparks umfasst auch die Verlagerung des Kanuvereins. Für letzteres sind 10.000 € eingeplant, welche die Verwaltung gerne gesichert sehen würde.

Herr Brinkmann nimmt Stellung zu den Anträgen, die den Fachbereich 70 betreffen.

Die Änderungsliste wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Herr Brinkmann erläutert die möglichen Auswirkungen, wenn keine personelle Aufstockung im Fachbereich erfolgen werde. Es seien zu viele Maßnahmen für das Jahr 2027 geplant, die mit dem aktuellen Personal nicht leistbar seien. Die Priorität der Maßnahmen müsse noch im Nachhinein erfolgen.

Herr Jaske teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die drei gewünschten Stellen von der Fraktion unterstützt werden.

Herr Brinkmann erläutert, dass im Fachteam Tiefbau aktuell eine Stelle vakant sei, die Stelle ausgeschrieben sei und in der nächsten Woche die Bewerbungsgespräche erfolgen.

Herr Wolfers sieht es für schwierig an, einen geeigneten Brückeningenieur zu bekommen und fragt nach, ob es nicht möglich sei, diese Dienstleistung von Externen einzukaufen.

Herr Brinkmann antwortet, dass dem Brückenbau in den vergangenen Jahren sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Aktuell gebe es in Coesfeld 7 sanierungsbedürftige Brücken und 20-25 Brücken, die im Anschluss an die 7 Brücken zu sanieren seien. Es sei wichtig und richtig, dass sich ein Kollege in den nächsten Jahren nur mit der Sanierung der Brückenanlagen beschäftige.

Herr Hänsel fügt hinzu, dass es sich hierbei nicht um eine temporäre Aufgabe handele, sondern dass die Aufgabe auf Dauer bleiben werde, da eine Brückenprüfung alle 5 Jahre zu erfolgen habe und es somit sinnvoll sei, dass das Personal im eigenen Haus sei.

Herr Wolfers geht davon aus, dass es in Zukunft standardisierte Verfahren geben werde.

Herr Brinkmann sieht dieses jedoch als sehr schwierig, da jede Brücke sehr individuelle Aufgaben habe.

Herr Tranel fügt für die CDU-Fraktion hinzu, dass über den Personalaufwand deutlich zu diskutieren sei, denn ansonsten müssen einige Projekte in der Priorisierung auch nach hinten geschoben werden.

Herr Honermann spricht sich für die VOLT-Fraktion deutlich für die Aufstockung des Personals aus. Er unterstütze die Aufstockung in dem Bereich.

Herr Bücking erläutert die Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie den Antrag der CDU-Fraktion und der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V.

Hinweis im Protokoll:

Die Anträge sind unter folgenden Vorlagen-Nummern ersichtlich:

050/2026 – Klimaschutz- und Projekt-Koordination – Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Pro Coesfeld zum Stellenplan 2026

051/2026 – Antrag der Fraktion Pro Coesfeld zur Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“

034/2026 – Antrag auf Zurückstellung des Baus der Hochsicherheitspoller am Marktplatz

026/2026 – Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Aufstockung Klimaschutzfonds

039/2026 – Antrag zum Haushalt 2026 auf Bereitstellung finanzieller Mittel für die Anschaffung mobilen Equipments zur Videoübertragung von Ausschusssitzungen

036/2026 – Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 – Reduzierung im Budget 60 Produkt 60.01

048/2026 – Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 – Investition 70STR121 soll mit einer neuen Überplanung reduziert werden

Er fragt nach, ob eine Entscheidung heute oder in der Haupt- und Finanzausschusssitzung erfolgen solle.

Herr Hänsel erklärt, dass die Verwaltung die Anträge in dieser Sitzung erläutern wollte und dem HFA nicht vorgegriffen werden sollte. Die Vorstellung sei heute erfolgt, damit die Fraktionen die Änderungen untereinander besprechen können. Dies sollte ausschließlich der Information dienen.

Herr Bücking erläutert, welche Anträge der Fraktionen in welchem Ausschuss beschlossen werden müssten.

Herr Schulze Spüntrup schlägt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. vor, dass die Abstimmung auf den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat vertagt werden solle. Er beantragt den TOP zu vertagen.

Herr Bücking bittet darum, dass den Fraktionen die Präsentation der Änderungsliste zeitnah zur Verfügung gestellt werde und teilt mit, dass die Anträge und Änderungen zur Kenntnis genommen werden und die Abstimmung auf den HFA und Rat verschoben werde.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des Ausschusses, dass die Anträge zur Kenntnis genommen werden und der Tagesordnungspunkt sowie die eingereichten Anträge an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Rat verschoben werden.

TOP 12 Anfragen

Herr Kretschmer fragt für die SPD-Fraktion nach, wie der Sachstand bzgl. der Pflasterung auf der Hinterstraße sei.

Herr Brinkmann antwortet, dass der Schaden bekannt sei. Die Verwaltung stehe mit den Firmen in Kontakt und hoffe darauf, dass eine kurzfristige Sanierung erfolgen werde.

Herr Kretschmer fragt ebenfalls nach, warum bei einer Zugeinfahrt am Haltepunkt Schulzentrum aus Richtung Münster nicht nur die Schranke unmittelbar am Schulzentrum runter gehe, sondern auch diejenige an der nächsten Straße. Dies bedeute, dass lange Schließ- und Wartezeiten entstehen.

Herr Hemmann teilt mit, dass eine Antwort im Protokoll erfolge.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung hat Kontakt zur DB aufgenommen und wird die Antwort dem Ausschuss mitteilen, sobald diese vorliegt.

Herr Elsbecker teilt für die CDU-Fraktion mit, dass auf dem Wirtschaftsweg in Kalte die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Er fragt nach, ob eine kostengünstige Sanierung möglich sei, die keine Beiträge auslöse.

Herr Brinkmann erläutert, dass im Jahr 1995 ein Beschluss gefasst wurde, welcher eine Bebauung ermöglicht und gleichzeitig den Bestand übernommen habe. In der Satzung wurde vereinbart, dass Änderungen über einen Erschließungsvertrag geregelt werden müssen. Die Kosten müssen dann im Erschließungsvertrag geregelt werden.

Herr Elsbecker fügt nochmals hinzu, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet sei.

Herr Brinkmann bestätigt, dass diese selbstverständlich gewährleistet sein müsse und fügt hinzu, dass der Baubetriebshof die Beschädigungen (Löcher) beseitigen werde.

Herr Kretschmer fragt nach, wann die 1. Änderung des Bebauungsplans Kalksbecker Heide beschlossen werde.

Herr Hemmann berichtet, dass die Beschlussvorlage voraussichtlich in der Aprilsitzung der Politik zur Verfügung gestellt werde.

Frau Gerding fragt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. nach, wie der aktuelle Sachstand bzgl. der Fahrradstraße in Richtung Goxel sei.

Herr Hemmann teilt mit, dass eine Antwort im Protokoll erfolge.

Antwort im Protokoll:

Das Projekt steht mit Ziel Dezember 2026 in der Prio-Liste. Die Fahrradstraßen im Hengtegebiet und die anderen Fahrradstraßen, die sich aus der Beteiligung im letzten Jahr ergeben haben (Am Wasserturm, Am Niesing) haben erst einmal die höhere Priorität.

Die Stellungnahmen zu Goxel, die im letzten Jahr eingereicht wurden, werden aktuell ausgewertet. Danach werde sich die Verwaltung die Örtlichkeit ansehen und den Streckenverlauf festlegen. Danach werde die Planung erstellt und eine Bürgerbeteiligung erfolgen.

Des Weiteren bittet Frau Gerding die Verwaltung, die Kreuzung B 525 / Einfahrt nach Goxel in Augenschein zu nehmen. Die Kreuzung sei für die Fußgänger und besonders für die Schulkinder sehr unsicher.

Antwort im Protokoll:

Die Kreuzung wird durch eine Ampelanlage gesichert, was grundsätzlich für eine gewisse Sicherheit sorgt. Nicht optimal gelöst ist die Führung des Fußverkehrs aus dem Wohngebiet Goxel. Es fehlt ein separater Fußweg, der den Fußgängern, insbesondere den Schulkindern, eine sichere Überquerung bis zur Fußgängerampel ermöglichen würde. Derzeit müssen die Fußgänger die Fahrbahn nutzen, um die Ampel zu erreichen, was potenzielle Gefährdungen mit sich bringt, insbesondere in verkehrsreichen Zeiten oder bei eingeschränkter Sicht.

Eine Lösung könnte in der Schaffung eines separaten Gehweges bestehen, was jedoch mit entsprechenden Kosten verbunden wäre.

Zur weiteren Klärung der Beobachtungen und Eindrücke kann sich die Fraktion per Telefon oder E-Mail an den Fachbereich 30, Herrn Berning wenden, um gegebenenfalls Optimierungen in diesem Bereich zu erörtern und umzusetzen.

Ebenso fragt sie nach, wie mit dem Parkverhalten der LKW's an der Zufahrt zu Westfleisch umgegangen wird, da diese unrechtmäßig an der Straße parken würden.

Herr Hemmann antwortet, dass das Thema auch an die Verwaltung herangetragen wurde und die Verwaltung mit der Firma Westfleisch diesbezüglich in Kontakt steht, um die Lastwagenfahrer als auch zuständigen Unternehmen auf die bestehenden Parkmöglichkeiten hinzuweisen.

Herr Bücking fragt als Ausschussvorsitzender nach, warum die Wahlplakate bislang noch nicht abmontiert wurden.

Antwort im Protokoll:

Der Baubetriebshof hat in der Zwischenzeit die Wahlplakate demontiert, gereinigt und eingelagert.

Er bittet die Verwaltung ebenfalls zu prüfen, ob die Poller, die auf den Wällen aufgrund der Wetterlage entfernt wurde, wieder aufgestellt werden können. Durch die Wegnahme der Poller sei auf den Wällen eine freie Fahrt für Autos, Paket- und Lieferdienste.

Antwort des Fachbereiches 30:

Aufgrund der aktuellen Wetterlage werden die Poller immer wieder von den Mitarbeitern des Baubetriebshofes entfernt, da diese sonst festfrieren würden und die Straßen dann nicht vom Winterdienst befahren werden können. Herr Schulze Bäing wird gebeten, dass die Poller nicht länger als notwendig herausgenommen werden.

Des Weiteren fragt er nach, ob die Wegeführung Kellerstraße / Jakobiring / Hinterstraße inzwischen geprüft wurde.

Antwort im Protokoll:

Die Wegeführung wird im Zusammenhang mit einer möglichen Verkehrsberuhigung der Letter Straße betrachtet. Aufgrund der negativen Rückmeldungen aus dem vor einigen Jahren durchgeführten Verkehrsversuch wird die Verwaltung dieses Projekt erst dann erneut aufgreifen, wenn hierzu ein entsprechender Impuls aus der Bürgerschaft erfolgt.